

## "Die Freihandelszone und wir" in Arbeiter-Zeitung (11. Januar 1958)

**Legende:** Am 11. Januar 1958 spricht sich die österreichische Arbeiter-Zeitung für die Teilnahme Österreichs an den Plänen für eine europäischen Freihandelszone aus, fordert aber gleichzeitig ein Übergangssystem angesichts der besonderen Lage der österreichischen Wirtschaft.

**Quelle:** Arbeiter-Zeitung. 11.01.1958, n° 8. Wien.

**Urheberrecht:** (c) Arbeiter Zeitung

**URL:** [http://www.cvce.eu/obj/"die\\_freihandelszone\\_und\\_wir"\\_in\\_arbeiter\\_zeitung\\_11\\_januar\\_1958-de-ceb21c3c-0301-4fb0-bbd4-65093d29168f.html](http://www.cvce.eu/obj/)

**Publication date:** 19/09/2012

## Die Freihandelszone und wir

An die Spitze aller Betrachtungen über das Thema Österreich und die Freihandelszone stellt man zweckmäßigerweise einige Zahlen: Im Jahre 1956 entfielen nahezu 65 Prozent des österreichischen Außenhandels — der Exporte wie der Importe — auf die OEEC-Länder, das sind die Mitglieder der künftigen Freihandelszone. Dagegen betrug der Anteil österreichischer Waren an den Gesamteinfuhren der OEEC-Länder bloß 13 Prozent, und von ihren Gesamtausfuhren dürfte nach Österreich kein größerer Teil gegangen sein. Das heißt, die zukünftige Freihandelszone könnte wohl ohne Österreich, aber Österreich kann nicht ohne die Freihandelszone existieren. Das heißt weiter: welche Schwierigkeiten immer anlässlich der Schaffung der Freihandelszone sich für Österreich ergeben mögen, sie werden jedenfalls geringer sein als jene, die entstünden, wenn Österreich der Freihandelszone fernbliebe.

Es darf weiter nicht übersehen werden, daß die Freihandelszone der österreichischen Wirtschaft auch beträchtliche Vorteile bringen wird. Der österreichischen Industrie wird ein gewaltiger Markt eröffnet werden, der an die dreihundert Millionen Konsumenten umfassen wird, das sind mehr, als in der Sowjetunion oder in den Vereinigten Staaten leben. Die Eingliederung in ein so riesiges Wirtschaftsgebiet kann sich auf lange Sicht für Österreich nur günstig auswirken.

In der Übergangszeit wird es freilich eine Fülle von Problemen zu lösen, eine Reihe von Schwierigkeiten zu überwinden geben. Aber schließlich wird die Freihandelszone nicht von heute auf morgen verwirklicht werden, sondern es ist dafür ein Zeitraum von etwa zwölf bis fünfzehn Jahren vorgesehen. Innerhalb dieser Frist kann und wird sich die österreichische Wirtschaft den geänderten Bedingungen anpassen. Schließlich sind wir durch einen ähnlichen Anpassungsprozeß schon einmal vor gar nicht langer Zeit gegangen: als die Liberalisierung eingeführt wurde. Damals hat es nicht wenig Pessimisten gegeben, die fürchteten, daß die Öffnung der Grenzen die österreichische Industrie empfindlich schädigen werde. Nichts dergleichen ist geschehen, im Gegenteil, die Liberalisierung hat den österreichischen Außenhandel stark belebt, das Preisniveau ein wenig aufgelockert und zur Hebung des Lebensstandards beigetragen. Und für die Durchführung der Liberalisierung standen nicht zwölf, sondern nur drei Jahre zur Verfügung.

Trotzdem kann nicht bestritten werden, daß der Abbau aller Handelsschranken in Österreich wahrscheinlich größere Übergangsschwierigkeiten bringen wird als bei den meisten übrigen zukünftigen Mitgliedern der Freihandelszone. Die Ursache liegt darin, daß die Startbedingungen für Österreich ungünstiger sind, was wiederum mit der politischen Entwicklung der letzten Jahrzehnte, aber auch mit der geographischen Lage unseres Landes zusammenhängt. Die verantwortlichen österreichischen Stellen treten daher dafür ein, daß unserem Land für eine bestimmte Zeit gewisse Begünstigungen und Erleichterungen eingeräumt werden, die es gestatten würden, daß die österreichische Wirtschaft ohne schwere Rückschläge in die Freihandelszone eingegliedert werden kann. Eine ähnliche Sonderstellung wurde Österreich auch anlässlich der Liberalisierung zugestanden; ihr Tempo war in Österreich langsamer als in anderen Ländern.

Die besondere Situation Österreichs wird etwa wie folgt begründet:

Die österreichische Wirtschaft ist in den letzten vierzig Jahren durch politische Ereignisse mehrmals schwer erschüttert worden. Sie wurde 1918 aus dem großen Wirtschaftsgebiet der Habsburgermonarchie herausgerissen und mit deren unglückseliger Verlassenschaft stärker belastet als irgendein anderer Nachfolgestaat. Die Wirtschaft der Ersten Republik konnte sich nie wirklich entfalten, weil schon wenige Jahre nach ihrer Gründung die große Weltwirtschaftskrise ausbrach. 1936 wurde die österreichische Wirtschaft in die Kriegswirtschaft des Großdeutschen Reiches eingegliedert und sieben Jahre später abermals aus einem großen Wirtschaftsgebiet herausgerissen. Dann folgten zehn Jahre Besetzung, begleitet von teilweiser wirtschaftlicher Ausplünderung des Landes und gefolgt von einem Staatsvertrag, der Österreich zehn Jahre hindurch wirtschaftlich schwer belastet. Kein anderes Land, das der Freihandelszone angehören wird, hat auch nur ähnliche politische Erschütterungen erlebt wie Österreich.

Diese politischen Erschütterungen sind wohl die entscheidende Ursache für die relative Rückständigkeit der österreichischen Wirtschaft. In den wenigen Jahren, die seit Überwindung der Kriegs- und Nachkriegsfolgen verstrichen sind, vermochte die Wirtschaft der Zweiten Republik diesen Rückstand unmöglich aufzuholen.

Er äußert sich unter anderem auch in einem verhältnismäßig niedrigen Lebensstandard: abgesehen von Italien, Griechenland, Türkei und Portugal hat Österreich das geringste Volkseinkommen pro Kopf der Bevölkerung. Bei der Eingliederung in die Freihandelszone werden es aber die wirtschaftlich weniger fortgeschrittenen Länder schwerer haben als die anderen.

Dazu kommt noch der Kapitalmangel, der selbst auch eine der Folgen der geschichtlichen Entwicklung ist, die man in zwei Worten charakterisieren kann: Krieg und Inflation. Ein Land wie die Schweiz etwa, das eine wesentlich glücklichere Entwicklung hinter sich hat — weder Kriege noch Inflation —, konnte natürlich die für den Ausbau der Wirtschaft notwendigen Kapitalien leicht ansammeln. Aber der Anschluß Österreichs an die Freihandelszone wird erst recht einen hohen Kapitalbedarf auslösen: um mit den fortgeschrittenen Ländern konkurrieren zu können, wird die österreichische Industrie gewaltige Beträge investieren müssen.

Ein weiterer Nachteil ist die wirtschaftliche Struktur Österreichs, nämlich das Überwiegen der Klein- und Kleinstbetriebe. Ihre Existenz wird davon abhängen, ob und wie weit sie imstande sein werden, sich zu spezialisieren. Auch eine solche Umstellung erfordert Kapital.

Schließlich muß noch die geographische Lage Österreichs zu den Nachteilen gerechnet werden. Man sagt zwar gern, daß Österreich „im Herzen Europas“ liege, aber es hat davon sehr wenig. Neben der Schweiz ist es das einzige Land der Freihandelszone ohne direkten Zugang zum Meer; die importierten Rohstoffe wie die weniger hochwertigen Exportgüter sind daher mit hohen Frachtkosten belastet. Österreich liegt aber auch knapp am Eisernen Vorhang, also in der Nachbarschaft von Staaten, die aller Voraussicht nach der Freihandelszone nicht angehören werden. Und wenn auch bedauerlicherweise der Handel Österreichs mit seinen östlichen Nachbarn auf ein Minimum gesunken ist, so ist die Tatsache, daß an der Donau die Freihandelszone mit Brettern vernagelt sein wird, doch auch ein beträchtlicher Nachteil. Es ist zu hoffen, daß die anderen Staaten für diese Sonderstellung Österreichs Verständnis haben und ihr Rechnung tragen werden. Aber welche Zugeständnisse auch gemacht werden sollten, das Entscheidende wird in Österreich zu leisten sein. Und zwar vor allem von den Unternehmen selber, ob groß oder klein. Was man bisher darüber gehört hat, ist nicht gerade vielversprechend. Unter dem Schlagwort „Anschluß an die Freihandelszone“ werden alle möglichen und unmöglichen Forderungen an den Staat herangetragen - von Preiserhöhungen bis zu Steuersenkungen. So wird es aber nicht gehen! Die wirtschaftliche Integration wird, so sollte man annehmen, vor allem der Privatinitiative ein weites Betätigungsfeld auf wirtschaftlichem und organisatorischem Gebiet eröffnen. Sie wird aber auch eine geistige Umstellung erfordern. Wir meinen damit das Aufgeben des zünftlerischen Geistes, der leider weite Kreise beherrscht und der die freie Entwicklung der österreichischen Wirtschaft bisher stark behindert hat. Wenn Österreich morgen in der Freihandelszone bestehen will, dann muß es heute aufhören, ein Land zu sein, in dem der wirklich freie Wettbewerb in Fesseln liegt.

A.K.